

Schatz, Klaus-Werner

Article — Digitized Version

## Konjunkturelle Entwicklung und struktureller Wandel

Wirtschaftsdienst

*Suggested Citation:* Schatz, Klaus-Werner (1994) : Konjunkturelle Entwicklung und struktureller Wandel, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Nomos, Baden-Baden, Vol. 74, Iss. 7, pp. 340-344

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/137142>

**Standard-Nutzungsbedingungen:**

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

**Terms of use:**

*Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.*

*You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.*

*If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.*

Klaus-Werner Schatz

## Konjunkturelle Entwicklung und struktureller Wandel

*Zu den zentralen Themen empirischer Konjunkturforschung und praktischer Konjunkturpolitik zählen die Beziehungen zwischen strukturellem Wandel und konjunktureller Entwicklung sowie zwischen Geldpolitik und Finanzpolitik im Konjunkturverlauf. Sie waren Gegenstand eines Symposiums, das das HWWA-Institut für Wirtschaftsforschung-Hamburg anlässlich des altersbedingten Ausscheidens seines langjährigen Vizepräsidenten und Leiters der Abteilung „Konjunktur, Geld und öffentliche Finanzen“ Prof. Dr. Hans-Jürgen Schmahl am 31. Mai veranstaltete. Im folgenden veröffentlichen wir zwei auf dieser Veranstaltung gehaltene Referate von Prof. Dr. Klaus-Werner Schatz und Dr. Willi Leibfritz.*

Bei jedem der drei Einbrüche der Wirtschaft in Westdeutschland seit Beginn der siebziger Jahre ist die Frage aufgeworfen worden, ob es nur um einen zyklischen Rückgang der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage ging oder nicht auch oder sogar entscheidend um über das rein konjunkturelle Geschehen hinaus bestimmende Veränderungen. Als solche Überlegungen erstmals 1974 vertreten wurden, wurden sie auf die Beobachtung eines im Vergleich zu der Rezession 1966/67 anderen Abschwungsmusters gestützt. 1966/67 waren fast alle Branchen vom Abschwung erfaßt worden. Im Verlaufe des Jahres 1973 hatte sich der Rückgang von Nachfrage und Produktion in einem geradezu krisenhaften Ausmaß auf einzelne Bereiche der Industrie und die Bauwirtschaft konzentriert, während andere Industriezweige ungebrochen kräftig expandierten. Das stark differenzierte Bild hatte die Vermutung aufkommen lassen, daß sich die westdeutsche Wirtschaft nicht lediglich in einem konjunkturellen Abschwung, sondern auch in einer strukturellen Krise befinde, die mit einer nachhaltigen Verschiebung im Branchengefüge verbunden sei und möglicherweise auch das künftige Wirtschaftswachstum beeinträchtigen werde<sup>1</sup>. Die Vermutung stieß auf weit überwiegende Ablehnung.

Konjunktur und struktureller Wandel, Rezession und Strukturkrise schienen nämlich höchst ungewöhnliche, nicht zueinander passende Begriffspaare zu sein. In der Regel wird „struktureller Wandel“ mit „wirtschaftlichem Wachstum“ assoziiert. Eine der bleibenden Leistungen des Keynesianismus ist es, unseren Blick für den Unterschied zwischen konjunkturellen Phänomenen und dem

Wachstum der Wirtschaft geschärft zu haben, also zwischen den vorübergehenden Schwankungen der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage und dadurch verursachten geringeren oder größeren Auslastungen des Produktionspotentials und der Ausweitung des Produktionspotentials selbst, des möglichen Angebots an Gütern. Das keynesianische Scharnier zwischen Konjunktur und Wachstum sind die Investitionen. Bei Keynes steht der Einkommenseffekt der Investitionen im Zentrum. Konjunkturelle Schwankungen ergeben sich, wenn die Ex-ante-Gleichgewichtsbedingung  $Sparen = Investieren$  nicht erfüllt ist. In den Modellen von Harrod und Domar ist der Kapazitätseffekt der Investitionen bestimmend für das wirtschaftliche Wachstum, der auf die kurze, die konjunkturelle Sicht von Keynes keine Rolle spielt. Ist die keynesianische Gleichgewichtsbedingung erfüllt, wächst eine Wirtschaft gleichmäßig, ohne konjunkturelle Schwankungen.

Weder in den Wachstums- noch in den Konjunkturmodellen der Keynesianer ist für Strukturwandel Platz. Es sind makroökonomische 1-Sektor-Modelle. Jedoch ist Wachstum ohne Strukturwandel nicht denkbar. Die Voraussetzungen für ein Wachstum mit wie auch immer definierter konstanter Struktur der Wirtschaft sind so restriktiv, daß dieser Fall als empirisch irrelevant gelten kann, wie Niehans anlässlich der Tagung des Vereins für Socialpolitik in Luzern 1962 zu dem Thema „Strukturwandlungen einer wachsenden Wirtschaft“ eindrücklich gezeigt hat<sup>2</sup>. In der Tat, so meinte Niehans, ändere sich die Struk-

---

*Prof. Dr. Klaus-Werner Schatz, 50, ist Leiter der Forschungsabteilung Konjunktur am Institut für Weltwirtschaft an der Universität Kiel.*

<sup>1</sup> G. Fels, K.-W. Schatz: Sektorale Entwicklung und Wachstumsaussichten der westdeutschen Wirtschaft bis 1980, in: Die Weltwirtschaft, 1974, Heft 1, S. 52-83, insbesondere S. 52 f.

<sup>2</sup> Vgl. J. Niehans: Strukturwandlungen als Wachstumsprobleme, in: F. Neumark (Hrsg.): Strukturwandlungen einer wachsenden Wirtschaft, Schriften des Vereins für Socialpolitik, N. F., Bd. 30, Berlin 1964, S. 18 ff.

tur der Volkswirtschaft am auffallendsten oft gerade in Perioden besonders raschen Wachstums, so in den industriellen Revolutionen<sup>3</sup>.

Der Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung ordnete den Einbruch der Wirtschaft zur Mitte der siebziger Jahre als eine typische, durch zyklischen Rückgang der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage bestimmte Rezession ein, also als ein konjunkturelles Phänomen. Im übrigen schrieb er dazu in seinem Jahresgutachten 1975 unter der Überschrift „Unechte Strukturprobleme“, es sei nicht klar, was unter „strukturellen Problemen“ zu verstehen sei und warum sie größer als in der Vergangenheit sein sollten. Schließlich habe das Tempo des Strukturwandels in Westdeutschland nicht zu-, sondern im Vergleich zu den beiden ersten Jahrzehnten der Nachkriegszeit abgenommen<sup>4</sup>.

### Gravierende strukturelle Probleme

In den Folgejahren gewann jedoch die Auffassung mehr und mehr Anhänger, die deutsche Wirtschaft habe es auch mit gravierenden strukturellen Problemen zu tun. Maßgeblich war, daß sich die Wirtschaft, anders als zur Mitte der sechziger Jahre, nur schwer aus der Rezession löste und kaum Dynamik entwickelte. Eine ähnliche Diskussion kam auf, als sich die deutsche Wirtschaft und die in vielen anderen europäischen Ländern, anders als die der Vereinigten Staaten oder die Japans, in der ersten Hälfte der achtziger Jahre nur sehr langsam von der tiefen Rezession am Beginn des Jahrzehntes erholte. Damals wurde für die offenbare Unfähigkeit der europäischen Volkswirtschaften, Anschluß an die Aufwärtsentwicklung in anderen Teilen der Welt zu finden, das Wort von der Eurosklerosis (Giersch) geprägt. Zur Mitte der neunziger Jahre, wiederum bei einem schweren wirtschaftlichen Einbruch, gibt es nun die Diskussion um die Wettbewerbsfähigkeit des Standortes Deutschland und anderer europäischer Länder.

Was verbindet die These von der strukturellen Krise aus der Mitte der siebziger Jahre mit der von der Eurosklerosis in der ersten Hälfte des zurückliegenden Jahrzehntes und jener von der schlechten Standortqualität, die wir nun hören? Gibt es einen gemeinsamen Kern?

<sup>3</sup> Er fügte erklärend hinzu, wer sich die Darstellung von Beobachtern mit historischem Sinn wie Schumpeter, Kuznets, Burns oder Hoffmann vor Augen halte, werde deshalb die kapitalistische Wirtschaft nicht so sehr mit einem kontinuierlich arbeitenden Düsentrriebwerk, sondern mit einem Explosionsmotor vergleichen: der zündende Funke löse in immer anderen Wirtschaftssektoren die treibenden Wachstumsexplosionen aus (J. Niehans, a. a. O., S. 24).

<sup>4</sup> Ebensowenig sei Dauerarbeitslosigkeit auf bestimmten Teilarbeitsmärkten eine typische Erscheinung der Gegenwart. Vgl. Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung: Jahresgutachten 1975, Deutscher Bundestag, Drucksache 7/4326, insbesondere S. 133.

Haben konjunkturelle Entwicklung und struktureller Wandel etwas gemeinsam? Die konjunkturelle Betrachtungsweise legt es nahe, Investitions- und Konsumschwäche oder steigende Arbeitslosigkeit als Reaktion auf vorübergehende Übersteigerungen in der Hochkonjunktur anzusehen. Im Sog der Nachfrage auf den Faktor- und den Gütermärkten steigen Zins-, Lohn- und Preisniveau. Damit sind die Dämpfung der Nachfrage und der konjunkturelle Abschwung angelegt. In ihrem Gefolge sinken nun ihrerseits Zins-, Lohn- und Preisniveau. Hinzu kommen Maßnahmen der Unternehmen zur Verringerung der Kosten, die dazu führen, daß die Rentabilitätsschwelle schon bei einem geringeren Auslastungsgrad der Kapazitäten als vor dem Abschwung erreicht wird. Mit berücksichtigt werden müssen die Finanz- und die Geldpolitik, sofern sie nicht einen konjunkturalneutralen, strikt am Wachstum des Produktionspotentials ausgerichteten Kurs halten. So nimmt in der Regel die Notenbank durch Veränderung der kurzfristigen Zinsen Einfluß auf die Konjunktur. Hat die Geldpolitik das Niveau der kurzfristigen Zinsen hinreichend gesenkt, so ist damit das letzte Signal dafür gestellt, daß sich die Nachfrage belebt und ein neuer Aufschwung einsetzt.

### Einfluß der Wirtschaftspolitik

Bei konjunkturellen Schwankungen geht es demnach, zugespitzt, um sich selbst korrigierende Prozesse. Abweichungen vom Wachstumspfad lösen Gegenbewegungen aus. Wann endet Konjunktur, wann beginnt Wachstum? Das keynesianische Scharnier zwischen Konjunktur und Wachstum sind, wie gesagt, allein die Investitionen: das Tempo, mit dem die Investitionen in der konjunkturellen Aufschwungphase zunehmen, bestimmt auch, wie rasch die Wirtschaft sich auf die mittlere Frist entwickelt, also wächst. Damit wird das Wachstum der Wirtschaft aus der Konjunktur erklärt; wirtschaftliche Entwicklung ist weiter nichts als eine Sequenz zyklischer Auf- und Abschwünge, also Schwankungen der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage.

Nun hat es in der Nachkriegszeit in Westdeutschland Perioden mit recht unterschiedlich großen Wachstumsraten der Wirtschaft gegeben. In den siebziger Jahren haben die Investitionen weniger rasch als in den achtziger Jahren zugenommen, und das Tempo der Ausweitung hat sich in der zweiten Hälfte der achtziger Jahre beschleunigt. Aus der rein konjunkturellen Sicht und auch aus der der keynesianischen Wachstumstheorie, die aus ihr folgt, können die Gründe dafür nur auf der Nachfrage-seite liegen. Aber aus dieser Sicht kann an sich nicht erklärt werden, warum die gesamtwirtschaftliche Nachfrage einmal rascher, einmal langsamer expandieren sollte, es sei denn, die Ursachen werden bei der Wirt-

schaftspolitik gesucht. Häufig wird tatsächlich argumentiert, die Finanz- oder die Geldpolitik hätten immer wieder versagt und es nicht erlaubt, genügend große Nachfragedynamik zu entfachen. Aber dieses Argument hält einer kritischen Überprüfung wohl nicht stand, und zwar weder in der kurzen noch in der mittleren Sicht<sup>5</sup>. So stiegen die öffentlichen Ausgaben besonders rasch in den siebziger Jahren, als die Wirtschaft langsam wuchs, und das Wachstumstempo der Wirtschaft erhöhte sich in der zweiten Hälfte der achtziger Jahre, nachdem die Ausgaben längere Zeit nur wenig gestiegen waren. Mit der Geldpolitik kann, wie zahlreiche empirische Untersuchungen belegen, das wirtschaftliche Wachstum ohnehin nicht gefördert werden.

### Rolle der relativen Preise

In der rein konjunkturellen Sichtweise werden Prozesse des strukturellen Wandels gewöhnlich ausgeblendet, oder sie verlaufen doch so reibungslos, daß sie sich auf die Konjunktur nicht niederschlagen. Weit mehr als in der konjunkturellen Sicht oder der der keynesianischen Wachstumstheorie spielen für Wachstum und Strukturwandel Veränderungen der relativen Preise eine Rolle. In der wachsenden Volkswirtschaft verändern sich die Faktorpreisverhältnisse: Kapital wird reichlicher im Vergleich zu den anderen Produktionsfaktoren, und relativ zum Zinssatz nehmen das Lohnniveau, der Preis für Boden oder der Preis zu, der für die Nutzung der Umwelt gezahlt werden mußte; je nachdem wie intensiv die verschiedenen Produktionsfaktoren genutzt werden, verteuern sich einzelne Güter im Vergleich zu anderen. Mit dem steigenden Einkommen in der wachsenden Volkswirtschaft verändert sich zugleich die Nachfrage und löst von dieser Seite her Preisänderungen und strukturelle Wandlungen aus. Technischer Fortschritt, sei er Reflex der sich ändernden Faktorpreisverhältnisse und Nachfrage, sei er spontaner Natur, verstärkt den strukturellen Wandel und fördert das Wachstum. Die Umschichtung von Produktionsfaktoren aus Wirtschaftszweigen, in denen die Produktivität nur unterdurchschnittlich ist oder zunimmt, in andere Zweige trägt ebenfalls zu rascherem Wachstum bei. In der offenen Volkswirtschaft bedeutet zudem das billigere oder neue Angebot aus anderen Ländern Gewinne an Wachstum und Wohlfahrt, aber auch strukturellen Anpassungsdruck, und die Märkte anderer Länder verheißen zusätzlichen Absatz, vorausgesetzt, die heimische Wirtschaft paßt die Strukturen der weltwirtschaftlichen Nachfrage an und schöpft ihre Kostenvorteile aus. Wachstum und Strukturwandel bedingen sich damit ge-

genseitig. Die entscheidende Rolle, die Lenkungsrolle, spielen in all diesen Prozessen die relativen Preise.

Gerade weil rasches Wachstum der Wirtschaft und ein hohes Tempo des Strukturwandels in der Regel offenbar Hand in Hand gehen, kann eine Verlangsamung des Strukturwandels bedeuten, daß es schwerwiegende Wachstumsstörungen gibt. Und die Tatsache, daß sich die Struktur einer Wirtschaft langsamer verändert, reflektiert möglicherweise, daß sie den wachstumsnotwendigen strukturellen Wandel weniger meistert. Aber das wirtschaftliche Wachstum kann aus einer Vielzahl von Gründen größer oder geringer als in anderen Ländern oder in früheren Perioden sein. Die Diskussion um die Flexibilisierung, Deregulierung, Privatisierung, zu kurze Arbeitszeiten, Risikoscheu, Technikfeindlichkeit, Länge von Genehmigungsverfahren, Belastung von privaten Haushalten und Unternehmen mit Abgaben liefert Stichworte dafür. Aber kürzere Arbeitszeiten, Risikoscheu oder lange Genehmigungsverfahren können auch den Präferenzen der Menschen entsprechen, und insoweit die Wirtschaft aus diesen Gründen langsam wächst, muß dies nicht bedenklich sein. Anlaß zur Besorgnis ist allerdings geboten, wenn sich plötzliche Veränderungen der Wirtschaftsstruktur und eine dauerhaft höhere Arbeitslosigkeit ergeben.

Die Wirtschaft kann, abgesehen von möglichen zyklischen Schwankungen, friktionsfrei wachsen, wenn sich die Preise auf den Güter- und den Faktormärkten genügend schnell an sich ändernde Knappheitsverhältnisse anpassen und wenn umgekehrt das Angebot hinreichend flexibel auf sich ändernde Preise reagiert. Dafür gibt es jedoch keinerlei Garantie. Es geht hier nicht in erster Linie um Marktunvollkommenheiten im Sinne der ökonomischen Theorie des Marktversagens, die sicherlich bei Fehlreaktionen auch eine Rolle spielen. Vielmehr sind die zahlreichen Fälle gemeint, in denen Marktmechanismen außer Kraft gesetzt oder schwerwiegend beeinträchtigt sind. In solchen Beeinträchtigungen ist auch der gemeinsame Kern der Überlegungen zu sehen, nach denen bei den Rezessionen zur Mitte der siebziger, am Beginn der achtziger und in der ersten Hälfte der neunziger Jahre nicht lediglich zyklische Schwankungen der Nachfrage maßgeblich waren.

### Schubartige Änderungen der Wirtschaftsstruktur

Augenfällig bei jedem der drei wirtschaftlichen Einbrüche ist, daß sich die Struktur der Wirtschaft jeweils schubhaft verändert hat. Besonders deutlich ist dies bei der Beschäftigtenstruktur. Während die Zahl der Beschäftigten in den Dienstleistungsunternehmen auch in den Rezessionsphasen stieg, gingen im Produzierenden Gewerbe jeweils rund eine Million Arbeitsplätze verloren; in

<sup>5</sup> Vgl. Klaus-Werner Schatz: Globalsteuerung und Angebotspolitik, in: Manfred E. Streit (Hrsg.): Wirtschaftspolitik zwischen ökonomischer und politischer Realität, Festschrift für Herbert Giersch, Wiesbaden 1988, S. 187-211.

den folgenden Aufschwüngen nahm dort die Zahl der Arbeitsplätze stets weit weniger zu, als sie zuvor abgenommen hatte. Auch innerhalb des Produzierenden Gewerbes lassen sich auf einzelne Branchen konzentrierte Verluste an Arbeitsplätzen beobachten, denen dort in der Folgezeit bei weitem keine entsprechenden Gewinne an Arbeitsplätzen gegenüberstanden. Im Gleichschritt mit den Verlusten an Arbeitsplätzen ist die gesamtwirtschaftliche Arbeitslosigkeit auf einen jeweils dauerhaft höheren Sockel gestiegen.

Strukturwandel vollzieht sich nicht gleichsam losgelöst von der konjunkturellen Entwicklung. Strukturwandel findet immer statt, in der Aufschwung- wie in der Abschwungphase der Konjunktur. Strukturelle Wandlungen verlangsamen sich jedoch im Aufschwung, und sie verstärken sich im Abschwung. In Aufschwung und Hochkonjunktur wird allerdings vermehrter struktureller Anpassungsdruck aufgebaut; er entlädt sich in Abschwung und Rezession. In jeder hochkonjunkturellen Phase werden an sich schon Preise als Knappheitssignale falsch interpretiert. Im Sog des Nachfragebooms und der allgemein hohen Auslastung der Produktionskapazitäten können sogar Unternehmen rentierliche Preise verlangen, die sich auf die Dauer im Wettbewerb nicht behaupten. Sachkapital wird auf Zwecke verwendet, die mittelfristig keine Rendite abwerfen. Es werden auch falsche Knappheitssignale gegeben. In der Hochkonjunktur gestehen Unternehmen Löhne zu, zu denen sie auf die mittlere Frist die Beschäftigung nicht aufrechterhalten können. Besonders wichtig ist, daß in der Hochkonjunktur von den Gewerkschaften zudem vergleichsweise uniforme Lohnforderungen durchgesetzt werden, die den unterschiedlichen mittelfristigen Bedingungen in den einzelnen Branchen wenig Rechnung tragen, denn Arbeitsplatzverluste, vor allem auch künftige, fallen (noch) kaum ins Gewicht. Ebenso wie Unternehmen in der Euphorie der Hochkonjunktur die Zukunftschancen fehleinschätzen mögen, hegen vermutlich auch Arbeitnehmer Illusionen über die Sicherheit des Arbeitsplatzes; sie sind weniger geneigt, den Arbeitsplatz zu wechseln. Wichtig in diesem Zusammenhang ist, daß im einzelnen in der Regel nicht bekannt und nicht zwanghaft ist, daß Unternehmen künftig ausscheiden müssen. Aus allen diesen Gründen ist zu erwarten, daß sich der Strukturwandel in der Hochkonjunktur eher verlangsamt.

### Rolle des Lohnniveaus

In jedem der drei Aufschwünge seit Beginn der siebziger Jahre nahm das Lohnniveau mehr zu, als es auf die mittlere Frist damit zu vereinbaren gewesen wäre, das Beschäftigungsniveau der Hochkonjunktur zu halten; die Zunahme der Löhne war regelmäßig sehr viel größer als der Anstieg der Arbeitsproduktivität. Diese Beobachtung

ist kaum strittig. Je mehr die Löhne in der Hochkonjunktur aber über das mittelfristig tragbare Niveau hinausschießen, desto abrupter und krisenhafter fallen die strukturellen Anpassungsprozesse in der Rezession aus. Anders ausgedrückt könnten sich strukturelle Änderungen der Wirtschaft vergleichsweise reibungslos vollziehen, wenn die konjunkturellen Übersteigerungen bei den Löhnen geringer wären. In der konjunkturellen Sicht korrigiert sich die Übersteigerung des Lohnniveaus in der Rezession. Doch was ist damit gemeint?

Korrekturen des Lohnniveaus beispielsweise auf jenes Niveau, das unmittelbar vor Beginn der Rezession oder auch vorher, im Aufschwung, herrschte, würden nicht hinreichen, um ein ebenso hohes Beschäftigungsniveau wie zu jener Zeit zu ermöglichen. Dies kann man mit Hysteresis begründen: je länger Arbeitskräfte arbeitslos sind, desto mehr verringert sich ihre berufliche Qualifikation im Vergleich zu der der Beschäftigten, sei es, daß die Fähigkeiten der Arbeitslosen abnehmen, sei es, daß die Beschäftigten neu hinzulernen. Arbeitslose sind aus der Sicht der Arbeitgeber also weniger wertvolle Arbeitskräfte, als es die jeweils Beschäftigten sind. Ähnlich, in der Konsequenz freilich gravierender, verhält es sich, wenn Arbeitskräfte aus strukturellen Gründen einen Arbeitsplatz verlieren, also weil Branchen im Zuge der Rezession dauerhaft schrumpfen. Solche Arbeitslose sind aus der Sicht potentieller neuer Arbeitgeber in anderen Branchen in der Regel unqualifiziert: der Facharbeiter in der Stahlindustrie, der arbeitslos wird, kann nicht hoffen, einen Platz als Facharbeiter im Flugzeugbau oder in einem Dienstleistungsunternehmen zu finden. Eine Chance erhielte er allerdings, wenn er zu einem niedrigeren Lohn als dem für qualifizierte Facharbeiter in Flugzeugbau oder Dienstleistungen eingestellt werden könnte, möglicherweise zu einem sehr viel niedrigeren als zuvor in der Stahlindustrie.

Löhne haben eine allokativen Funktion; sie sollen es den Menschen ermöglichen, einen Arbeitsplatz zu finden. Das ist bei den kollektiven Tarifvertragsverhandlungen in den zurückliegenden beiden Jahrzehnten zunehmend außer Blick geraten, die für Beschäftigte und Arbeitslose die jeweils gleichen tarifvertraglichen Bestimmungen trafen. Weil die freigesetzten Arbeitskräfte bei den gesetzten tariflichen Normen zu teuer sind, bleiben Ressourcen ungenutzt. Die Konsequenz daraus ist auch, daß den abrupten strukturellen Einbrüchen ein Defizit beim Aufbau neuer Branchen gegenübersteht und daß die Wirtschaft unnötig langsam wächst. Wir beobachten dies dann möglicherweise als eine trendmäßige Verlangsamung des Strukturwandels. Welche Lohnstruktur zu einem hohen Beschäftigungsniveau paßt, kann weder durch Tarifverhandlungen noch durch intelligente wissen-

schaftliche Analysen bestimmt werden. Dies muß durch marktwirtschaftliche Prozesse herausgefunden werden. Dafür sollten die kollektiven Tarifvertragsvereinbarungen möglichst viel Raum gewähren.

Es sind freilich nicht nur die kollektiven Lohnvereinbarungen (einschließlich der Vereinbarungen von Lohnnebenkosten), sondern es sind die institutionellen Bedingungen insgesamt, die den Arbeitsmarkt seiner allokativen Funktionsfähigkeit berauben. So führen besondere Schutzvorschriften für einzelne Gruppen von Arbeitnehmern wie Entlassungsverbote dazu, daß Arbeitskräfte erst gar nicht eingestellt werden. Dieselben Wirkungen haben Sozialplanverpflichtungen. Das Gebot, daß der Erwerber eines vom Konkurs betroffenen Unternehmens alle Arbeitnehmer übernehmen muß, führt häufig zur Schließung ganzer Betriebe.

### **Falsche Faktorpreisrelationen**

Wodurch die wirtschaftlichen Einbrüche ausgelöst werden, ist nicht entscheidend. Selbst aus rein konjunkturellen Abschwüngen kann sich dauerhaft höhere Arbeitslosigkeit ergeben, wenn die Arbeit im Vergleich zu anderen Produktionsfaktoren zu teuer geworden ist. Falsche Faktorpreisrelationen lassen sich durch eine Zunahme der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage nicht korrigieren (also auch nicht, anders als immer wieder suggeriert wird, durch eine Ausweitung der Nachfrage im Zuge einer Abwertung der Währung). Jeder der drei Rezessionen seit Beginn der siebziger Jahre sind kräftige zyklische Übersteigerungen vorangegangen. Eine große Rolle für den Einbruch der Wirtschaft in der ersten Hälfte der siebziger Jahre hat ohne Zweifel aber auch die starke Aufwertung der D-Mark gespielt, nachdem sie jahrelang künstlich billig gehalten worden war. Wirtschaftszweige, die im internationalen Wettbewerb standen, wurden schlagartig einem verstärkten Konkurrenzdruck ausgesetzt. Der Lohnsatz für deutsche Arbeitskräfte, gerechnet in internationaler Währung, erhöhte sich abrupt; zu diesem Lohnsatz waren sie plötzlich weltwirtschaftlich gesehen reichlich. Hinzu kam etwas später die Explosion des Preises für das Erdöl. Energie wurde knapper, Arbeitskräfte in Deutschland und weltweit im Vergleich zu diesem Produktionsfaktor reichlich. Das deutsche Angebot auf den Gütermärkten paßte bei den neuen Relationen der Preise für Arbeit hier und im Ausland und für Arbeit und Energie nicht mehr zur inländischen und weltweiten Nachfrage. In jener Zeit entstand die Konzeption für eine Angebotspolitik. Aber für die Gewerkschaften standen Lohnerhöhungen im Vordergrund, um die Kaufkraft der Arbeitnehmer zu sichern. Der Explosion des Erdölpreises folgte die der Arbeitslosigkeit. Am Beginn der achtziger Jahre wurde als Eurosklerosis die Erstarrung auf den Güter- und Faktormärkten diskutiert, die als Bremse auf

das Wachstum der Wirtschaft wirkte und auf dem Arbeitsmarkt die hohe Arbeitslosigkeit zur Folge hatte. Als Heilmittel gegen die Arbeitslosigkeit wurde freilich die Arbeitszeitverkürzung erprobt.

In der heutigen Standortdebatte scheint die Diskussion um Angebotspolitik und Eurosklerosis wieder auf. Die Qualität eines Standortes macht es aus, daß steigende Einkommen erzielt werden und die einzelnen Menschen die Länge ihrer Arbeitszeit selbst bestimmen können und daß zugleich die Arbeitslosigkeit gering sein kann. Im Ansturm der nachdrängenden Konkurrenz aus den vielen Ländern der Welt, die sich nun oder schon vor einiger Zeit der internationalen Arbeitsteilung geöffnet haben, nimmt der strukturelle Anpassungsdruck zu. Viele Branchen schrumpfen, viele Menschen verlieren ihren Arbeitsplatz. Wiederum haben exzessive Lohnsteigerungen in der Hochkonjunktur zu sehr abrupten strukturellen Änderungen beigetragen. Kapital ist mobil; die meisten Arbeitskräfte sind es nicht. Fertigungen die am Standort Deutschland nicht rentabel betrieben werden können, werden im Ausland errichtet. Der schöpferische Strukturwandel findet dann dort statt.

### **Änderung von Verhaltensweisen**

Nun zeichnet sich ein neuer Konjunkturaufschwung ab. Die in dieser konjunkturellen Hinsicht wichtigen Weichen sind gestellt. Dies besagt aber noch nicht, wie wir es auch in der zurückliegenden Gemeinschaftsdiagnose wieder geschrieben haben, daß die mittelfristigen Aussichten günstig sind, insbesondere nicht auf dem Arbeitsmarkt. Die mit der Standortdiskussion angesprochenen Probleme werden zwar den Aufschwung nicht verhindern, aber es gibt sie, und sie sind sehr ernst zu nehmen. Für die Änderungen des konjunkturellen Fahrtempos sind besondere Gründe maßgeblich, aber Konjunktur und Struktur haben doch sehr viel mehr gemein, als man zunächst sehen mag. Resignation ist unangebracht. Die Erfahrung lehrt, auch Reaktionen auf das Gemeinschaftsgutachten, daß sich zuweilen, wenn auch mit großer Verzögerung, ganz überraschend Verhaltensweisen ändern. Im Zuge der jetzigen Rezession ist es wohl erstmals zur Verminderung des Reallohniveaus gekommen. Erstmals hat es auch Tarifvereinbarungen gegeben, die die Möglichkeit vorsehen, branchenfremde Arbeitslose zu niedrigeren Tarifen als denen für Beschäftigte einzustellen. Mit dem raschen Wachstum in der Welt um uns herum eröffnen sich auch neue Märkte. Daß es vieler, weit über den Arbeitsmarkt hinausgehender Maßnahmen bedarf, damit die sich bietenden Chancen ergriffen werden und die Qualität des Standortes Deutschland sich bessert, ist bekannt. Hoffen wir im Interesse der Arbeitslosen und solcher Menschen, die davon bedroht sind, daß möglichst viel davon verwirklicht wird.